

„Bundeswehr und Schule“

Fachtagung am 13. November 2010 in Köln, Bürgerhaus Kalk
- Dokumentation -

Veranstalter/Organisationen:

- **Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen NRW**
- **DFG-VK Bildungswerk NRW e. V.**
- **DFG-VK Gruppe Köln**

Zusammenfassung

„Dieses Thema an das Parlament abzugeben, wäre ein fataler Fehler“ und „Der Kooperationsvertrag muss weg!“ – Das Meinungsbild in der abschließenden Diskussion der Fachtagung war eindeutig: Alle Wortmeldungen aus dem Publikum brachten die klare Forderung zum Ausdruck, dass die Friedensbewegung eindeutig auf die Kündigung der Rahmenvereinbarung zwischen dem Schulministerium NRW und dem Wehrbereichskommando aus dem Jahr 2008, die eine intensivere Zusammenarbeit zwischen Schule und Bundeswehr festschreibt, drängen müsse. Eine irgendwie geartete Veränderung dieser Vereinbarung mit dem Ziel, die Friedensbewegung in eine solche Kooperation einzubinden und ihr gleiche oder gleichwertige Einflussmöglichkeiten einzuräumen, wurde abgelehnt. Die Veranstalter kamen mit den Fachtagungsgästen überein, im Frühjahr 2011 in einer weiteren Zusammenkunft gemeinsame Schritte zu erarbeiten, um die Rahmenvereinbarung zu kippen.

Zuvor hatten Michael Schulze von Glaßer über „Bundeswehr und Schule“ aus der Sicht von Schülern sowie Guido Schönian von der „jungen GEW“ NRW aus der Sicht von Lehrern gesprochen. In der anschließenden Diskussion mit den beiden Referenten zeigte Kai-Uwe Dosch, Sprecher der DFG-VK in NRW, auf, dass die Umsetzung der Maximalforderung („Bundeswehr raus aus Schulen“) schwer zu erreichen und es deshalb ratsam sei, die Handlungsmöglichkeiten breiter zu diskutieren. Die Moderation hatte Joachim Schramm, Landesgeschäftsführer der DFG-VK NRW.

Begrüßung

Kai-Uwe Dosch begrüßte die mehr als 25 Teilnehmer und die Referenten. Er verlas ein Grußwort der nordrhein-westfälischen Schulministerin Sylvia Löhrmann (Bündnis 90/Die Grünen). Löhrmann nahm in ihrem Schreiben unter anderem Bezug auf den sogenannten „Beutelsbacher Konsens“, der verlangt, dass Themen, die in der Gesellschaft kontrovers diskutiert werden, auch in den Schulen kontrovers dargestellt werden müssen. Dazu zählte Löhrmann in ihrem Grußwort die unterschiedlichen Positionen von Bundeswehr und Friedensbewegung; für beide sei das „Gewissen entscheidend“. Sie sei auf die Ergebnisse der Fachtagung „gespannt“.

„Bundeswehr und Schule aus der Sicht von Schülern“

Referent: Michael Schulze von Glaßer, Jahrgang 1986, Student der Politikwissenschaften und der Philosophie an der Universität Kassel, freier Journalist und Fotograf unter anderem für „junge Welt“, „Neues Deutschland“, „Telepolis“ und „der Freitag“, Mitherausgeber der Monatszeitung „Graswurzelrevolution“ und der Jugendzeitung „utopia“.

Michael Schulze von Glaßer setzte die verstärkten Rekrutierungsbemühungen der Bundeswehr in Zusammenhang mit dem mangelnden Nachwuchs für die Bundeswehr, die jährlich etwa 20.000 neue junge Soldaten brauche. 2009 habe sie erstmals ihr Ziel nicht erreicht: Statt der von ihr gewünschten 23.700 neuen Soldaten hätte die Bundeswehr nur 21.700 rekrutieren können. Unter jungen Leuten, so Schulze von Glaßer, sei es nicht populär, bei der Armee zu sein; nur 25 Prozent könnten sich dies vorstellen.

Der Referent stellte umfangreiches Zahlenmaterial zu den Werbeaktivitäten der Bundeswehr vor. Unter anderem:

- Derzeit seien 94 Stellen für Jugendoffiziere besetzt.
- Seit den Rahmenvereinbarungen nach dem NRW-Vorbild hätte sich die Zahl der Lehrveranstaltungen für Referendare von 5 auf 27 (mit über 1.000 Teilnehmern) im Jahr 2009 erhöht.
- Im zurückliegenden Jahr hätte es in den Schulen 12.600 Veranstaltungen mit Wehrdienstberatern gegeben.
- 2009 hätten die Jugendoffiziere 7.245 Veranstaltungen mit 182.522 Teilnehmern absolviert.

Neben den Ausbildungs- und Unterrichtsveranstaltungen für Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler sei die Werbung in Schülermedien, auch in den kleinsten Schülerzeitungen, ein weiteres Standbein bei den Werbemaßnahmen. Als drittes Standbein nannte Schulze von Glaßer die Erstellung von Schulmaterialien; so sei „Freiheit & Sicherheit“ 2007 an 325.000 Schülerinnen und Schüler sowie 16.000 Lehrerinnen und Lehrer verteilt worden.

Michael Schulze von Glaßer berichtete von zunehmender Kritik von Kinderrechtsorganisationen an den Rekrutierungsbemühungen der Bundeswehr. Er verwies auf einige Beispiele aus Schleswig-Holstein, wo die Bundeswehr mit der – verbotenen – Einbeziehung von Kindern bzw. unter 18-Jährigen bei ihren Werbeaufträgen negative Schlagzeilen gemacht hatte. So seien dort unter anderem Kinder an Schießsimulatoren herangeführt worden.

„Bundeswehr und Schule aus der Sicht von Lehrern“

Referent: Guido Schönian, Gesamtschullehrer aus Bergheim (Rhein-Erft-Kreis) und Sprecher der „jungen GEW“ Köln.

Die Problematik der zunehmenden Rekrutierungsversuche der Bundeswehr sei, so der Referent, „in den Köpfen der Lehrer nicht präsent“. Die Abschaffung bzw. Aussetzung der Wehrpflicht werde aber das Werbe-Problem der Bundeswehr noch verschärfen. Es gelte, die Bedeutung der Rahmenabkommen – nur Schleswig-Holstein habe einen solchen Vertrag bisher abgelehnt – für den Schulalltag herauszuarbeiten. Letztendlich entscheide immer noch die Lehrkraft, welcher Referent in die Klasse komme.

Dass die Bundeswehr generell unattraktiv bei Schülerinnen und Schülern sei, bezweifelte Guido Schönian. Er verwies darauf, dass an den Bundeswehr-Hochschulen keine Studiengebühren erhoben würden, im Gegenteil: es gebe auch noch Geld.

Nach seinen Informationen sei die Bundeswehr 2008 1.050-mal in NRW-Schulen gewesen, 2009 sei das 1.098-mal der Fall gewesen. Es könnte, auch darauf machte Schönian aufmerksam, „Stress“ mit Eltern geben, wenn Lehrer versuchten, die Bundeswehr aus den Schulen herauszuhalten. Denn vielfach sei es wichtigstes Ziel von Eltern, dass ihre Kinder „unterkommen“: „Bundeswehr ist besser als Hartz IV“.

Schönian forderte mehr Hintergrundinformationen für die Lehrerschaft; auch müsste die Friedensbewegung in die Lehrer-Fortbildung eingebunden werden.

„Friedensbewegung, Bundeswehr und Schule“

Diskussion mit Michael Schulze von Glaßer, Guido Schönian und Kai-Uwe Dosch unter der Moderation von Joachim Schramm

In seinen einleitenden Worten wertete Joachim Schramm die Rahmenvereinbarung als hilfreich für die Bundeswehr, weil sie die Hemmschwelle bei den Schulleitungen senke, die Bundeswehr in die Schulen zu lassen. Der frühere Verteidigungsminister Jung habe die Ministerpräsidenten der Länder zu den Abkommen aufgefordert und dabei auch vorgegeben, dass die Bundeswehr in den Schulen auch die Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik erklären bzw. dafür werben solle. Schramms Fragen: Ist das Abkommen eine Hilfestellung für opportunistische Lehrer? Wie ist das Eindringen der Bundeswehr in die Lehreraus- und -weiterbildung zu bewerten? Sind eigene Vereinbarungen zwischen dem Land und der Friedensbewegung sinnvoll, zumal auch die Gewerkschaften nicht auf „abschaffen“, sondern auf „korrigieren“ der bestehenden Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr setzen?

Guido Schönian setzte darauf, diese Entwicklung zu „skandalisieren“. Einzelne GEW-Gruppen in NRW seien dabei sehr aktiv, in anderen bestimmten noch „alte SPD-Seilschaften“ das Geschehen.

Aus dem Publikum kam eine Reihe von Anregungen, Fragen und Beiträge. Unter anderem:

- Die Rahmenvereinbarung könne ohne Parlamentsbeteiligung aufgekündigt werden.
- Das Thema müsse ins Parlament. Keine Positionen dürften verloren gegeben werden. Frau Löhrmann drücke sich mit fadenscheinigen Gründen (angeblich verloren gegangene Briefe) vor der Diskussion.
- Das Argument, die Bundeswehr habe Verfassungsrang, bedeute „Hilflosigkeit“. Es falle außerdem weg, sobald die Wehrpflicht ausgesetzt oder gefallen sein: „Dann sind Soldaten nicht mehr ‚Bürger in Uniform‘, sondern eine Berufsgruppe wie jede andere.“ (Guido Schönian)
- „Die Bundeswehr ist kein normaler Arbeitgeber. Sie bildet zum Töten aus.“ Sie sei auch nicht in der Lage, irgendjemandem gewaltfreie Erziehung beizubringen. (Michael Schulze von Glaßer)
- In den 80er-Jahren sei es verboten gewesen, die Friedensbewegung in die Schulen zu holen.
- Die Rahmenvereinbarung selbst könne zum Thema bei den Schülern gemacht werden. (Guido Schönian)

- In Düsseldorf habe eine Schulkonferenz einstimmig beschlossen, die Bundeswehr aus der Schule zu halten. (Michael Schulze von Glaßer)

Vielfach betont wurde die Forderung, an „Schule ohne Bundeswehr“ festzuhalten und keine Kompromisslinie einzugehen: „Unter diesem Minimalkonsens ist nichts zu machen.“. Dafür spreche auch die Symbolkraft, die die Bundeswehr in ihrer Rahmenvereinbarung sehe (Michael Schulze von Glaßer). Schon aus strukturellen Gründen könne es zwischen der Friedensbewegung, die ehrenamtlich arbeite, und den hauptberuflichen Bundeswehr-Jugendoffizieren und Beratern keine „Waffengleichheit“ geben. Deshalb müsse die Rahmenvereinbarung „schnell, gründlich und eindeutig vom Tisch“ (Felix Oekentorp, Landessprecher der DFG-VK NRW). DFG-VK-Bundesgeschäftsführer Monty Schädel: „Soldat zu sein ist nichts Normales. Bundeswehr raus aus den Schulen ist das Wichtigste.“ Für die Landesregierung sei die Kündigung des Rahmenabkommens eine Möglichkeit, „Ecken und Kanten“ zu zeigen; sie solle Geld in die Hand nehmen und friedenspädagogische Ansätze fördern (Harald Fuchs, DFG-VK Köln). Entscheidend sei auch, dass „Bundeswehr raus aus den Schulen“ in direkten Aktionen vor den Schulen und auf der Straße vertreten würde; „was die Parteien daraus machen, ist eine andere Frage.“

Abschließend wurde diskutiert, ob der aktuelle Antrag der Fraktion „Die Linken.“ im NRW-Landtag, die Rahmenvereinbarung aufzukündigen, unterstützt werden soll. Joachim Schramm sah das kritisch. Er nannte den Antrag zum jetzigen Zeitpunkt falsch, da eine außerparlamentarische Bewegung noch gar nicht ausreichend in Gang gekommen sei und die rot-grüne Landesregierung deshalb diesen Antrag ohne Probleme ablehnen könne. Sich hinter diesen Antrag zu stellen würde bedeuten, sich weitergehender Möglichkeiten zu berauben, auch gemeinsam mit kritischen Stimmen in der SPD und bei den Grünen gegen die Kooperationsvereinbarung vorzugehen.

Schramm verabredete, im Frühjahr 2011 bei einer weiteren Tagung der Friedensbewegung ein gemeinsames Vorgehen zur Abschaffung der Rahmenvereinbarung zu erarbeiten.

Text und Fotos: Klaus Maliga